



Presseschau vom 04.10.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Dan-news.info: „Um 23:30 und 23:45 Uhr wurden Mörserbeschüsse auf **Trudowskije** und die Umgebung des Gewerbegebiets bei **Jasinowataja** festgestellt. Das Feuer kam von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Lastotschkino bei Awdejewka und aus Marjinka“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. Nach Angaben der Quelle verwendeten die ukrainischen Abteilungen während des Beschusses Mörser der Kaliber 82 und 120mm. Außerdem wurde mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

De.sputniknews.com: Moskau: Washington bereit zu „Pakt mit dem Teufel“ – allein zum Sturz Assads.

Das russische Außenministerium kritisiert die USA für deren Zusammenarbeit mit Terroristen der Gruppierung Dschabhat al-Nusra. Wie es in einer amtlichen Erklärung der Behörde heißt, wolle Washington so das politische Regime in Syrien ändern.

„Bei uns festigt sich der Eindruck, dass Washington im Bestreben, einen von ihm ersehnten Machtwechsel in Damaskus durchzusetzen, zu einem ‚Pakt mit dem Teufel‘ – zu einem Bündnis mit erklärten Terroristen bereit ist, die davon träumen, die Geschichte zurückzudrehen und mit Gewalt ihre unmenschlichen Normen aufzuzwingen“, heißt es aus Moskau.

Das russische Außenamt erklärte weiter, „die heutige Entscheidung Washingtons ist eine Widerspiegelung der Tatsache, dass die Administration Barack Obamas nicht dazu imstande ist, die Hauptbedingung zur Fortsetzung unserer Zusammenarbeit im Interesse der Überwindung des Syrien-Konflikts zu erfüllen. Oder dass sie überhaupt gar keine solche

Absicht hegte“.

Die USA seien entgegen den russisch-amerikanischen Vereinbarungen vom 9. September gegen einen Rückzug der Regierungstruppen und der Kämpfer von der Castello-Straße eingetreten, obwohl es ein solcher Schritt erlaubt hätte, humanitäre Hilfsgüter in den östlichen Teil von Aleppo zu bringen. Während Damaskus vor drei Wochen auf Moskaus Vorschlag hin damit begonnen habe, seine Regierungstruppen zurückzuziehen, habe Washington auf die von ihm kontrollierten Trupps der Opposition keinen Einfluss ausüben können oder dies gar nicht gewollt.

„Wir appellieren an die USA, noch einmal die Situation und das Licht einzuschätzen, in welchem ihr Vorgehen vor aller Welt erscheint“, so das Außenamt. „Der Einsatz ist sehr hoch. Sollte Syrien im Ergebnis der amerikanischen Entscheidungen zum Objekt neuer Schläge der Terroristen werden, wird das dem Weißen Haus angelastet werden. Washington muss eine Wahl treffen, man muss dort nüchtern abwägen, welche Zukunft man für das syrische Volk will.“

Der Erklärung des russischen Außenministeriums war der Verzicht der USA auf die Zusammenarbeit mit Russland in der Syrien-Frage vorausgegangen. Man erklärte sich dies in Moskau damit, dass Washington nicht in der Lage sei, der Forderung nach Abgrenzung der terroristischen Gruppierungen von den Truppen der sogenannten moderaten Opposition nachzukommen. „Es ist sogar umgekehrt – es (Washington – Anm. d. Red.) deckt sie mit dem Schutzschild der mit ihr verschmolzenen oppositionellen Gruppierungen, die formell ihre Teilnahme am Regime der Einstellung der Kampfhandlungen bestätigt haben“, hieß es hierzu weiter.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31280/35/312803559.jpg>

Dnr-online.ru: Bei der Festlegung konkreter Empfänger für humanitäre Hilfe gemäß dem Erlass der Oberhaupt der DVR Nr. 78 vom 6. Juni 2016 „Über die Ordnung zur Bereitstellung zielgerichteter humanitärer Hilfe für die Bevölkerung der DVR“, werden die durchschnittlichen Gesamteinkünfte einer Familie berücksichtigt.

Die Grenze für das durchschnittliche monatliche Einkommen, die gemäß Punkt 3.1 des o.g. Erlasses festgelegt wird, und die für die vorangegangenen sechs Monate pro Familienmitglied 2800 Rubel nicht übersteigen durfte, wurde ab dem 28. September 2016 auf 7650 Rubel erhöht, auf Grundlage einer Protokollentscheidung der Staatlichen Kommission zu Fragen des Wiederaufbaus des sozialen Bereich, von Infrastrukturobjekten und zur Organisation der Arbeit mit humanitären Gütern.

Ukrinform: Die Staatssekretärin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, reist nach Moskau, um mit hochrangigen Beamten Russlands zum Ukraine-Konflikt zu beraten. Im Mittelpunkt der Gespräche werden die Lage in der Ostukraine und weitere Schritte zur Umsetzung des Minsker Abkommens für die Unterstützung der Bemühungen der

„Normandie“-Länder und der trilateralen Kontaktgruppe zu besprechen, teilte das US-Außenministerium mit. Vor der Reise werde sie sich am Dienstag mit dem Außenminister John Kerry in Brüssel treffen.

De.sputniknews.com: „Taktlos!": UN-Botschafter rügt US-Worte zu angeblichen Syrien-Misserfolgen Russlands.

Russlands UN-Botschafter Vitali Tschurkin hat die jüngsten Erklärungen Washingtons darüber, dass Russland sich angeblich die Errungenschaften der USA in der Terrorbekämpfung in Syrien selbst anrechne, als „Taktlosigkeit“ kritisiert.

„Gelinde gesagt, eine Taktlosigkeit“, schätzte Tschurkin die Äußerung von Josh Earnest, dem Sprecher des Weißen Hauses ein. Earnest hatte am Montag gesagt, Russlands Luftwaffe sei es nicht gelungen, ihre Aufgaben in Syrien zu erfüllen, deswegen sei Russland nun gezwungen, sich die Verdienste der US-geführten internationalen Koalition selbst anzurechnen.

Tschurkin betonte, Russlands Hauptziel sei es, die Terroristen aus Syrien und dem Irak „hinauszuwerfen“: „Solange die Terroristen dort sind, wird es keinen Frieden und keine Ruhe für die friedliche Bevölkerung im östlichen Aleppo oder anderswo geben“.

Derweil sollten die Differenzen zwischen den USA und Russland „im globalen Sinne“ nicht dramatisiert werden. „Ich hoffe, dass es keinen neuen Kalten Krieg geben wird. Ich denke, Sie dramatisieren den Ursprung unserer Differenzen mit den USA im globalen Sinne. Ich hoffe, dass nach längerer Zeit die Zusammenarbeit wiederhergestellt werden kann, wenn wir versuchen, maximal eng in Syrien zusammenzuarbeiten“, sagte Tschurkin bei einer Pressekonferenz.

Dabei sei ein Dialog zu Syrien auf UN-Ebene noch immer möglich und zwar zwischen den ständigen Vertretern Russlands und der USA sowie den anderen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates. „Es gab Situationen, als wir etwas Positives produzieren konnten. Ich werde das nicht ausschließen. Ich würde mich freuen, das zu versuchen“, so der Diplomat.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Es werden weiterhin Informationen über das Anwachsen der Zahl der Konflikte zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und den nationalistischen Bataillonen des „Rechten Sektors“ bestätigt. So fand im Gebiet von Kasatschij im Staniza-Luganskaja-Bezirk am 3. Oktober zwischen Soldaten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte und Strafsoldaten des „Rechten Sektors“ zwei Stunden lang ein Kampf unter Anwendung von schweren Waffen statt“, berichtete Marotschko.

Nach Auffassung des Vertreters der Volksmiliz zeugt dies „vom Fehlen einer einheitlichen Führung auf Seiten der ukrainischen Streitkräfte und dem Unwillen der nationalistischen Abteilungen sich diesem Kommando unterzuordnen“.

Der Major erinnerte auch daran, dass gestern, am 3. Oktober, die ukrainische Seite ein weiteres Mal die Trennung der Kräfte und Mittel im Gebiet von Staniza Luganskaja, die von der Rahmenvereinbarung der Teilnehmer der Kontaktgruppe in Minsk vorgesehen ist, zum Scheitern gebracht hat.

„Ursache war, dass die örtlichen Leiter der Verwaltungen und das leitende Personal der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte, die in diesem Gebiet stationiert sind, die in Minsk erreichten Vereinbarungen nicht unterstützen“, erklärte der Major.

„Solche Vereinbarungen zerstören das von ihnen betriebene Schema von Abgaben von den örtlichen Einwohnern und Unternehmern, die die Kontaktlinie in diesem Gebiet überqueren. Sie fürchten auch die Rache von Seiten der Einwohner für gesetzeswidrige Aktivitäten, die sie unter dem „Dach“ der sogenannten Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt haben“, erklärte er.

„So stehen die privaten kriminellen Interessen höher als die staatlichen Interessen und die Minsker Vereinbarungen werden im Prinzip ignoriert“, fasste Maroschko zusammen. Seinerseits erklärte er, dass die Volksmiliz der LVR sorgfältig die Minsker Vereinbarungen einhält, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite „bereit ist entschieden zu handeln“.

„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat die Tendenz zur Stabilisierung. Vom 3. auf den 4. Oktober 2016 wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt“, sagte Maroschko.

„Trotzdem konzentrieren die ukrainischen Truppen weiterhin Kräfte und Mittel an der Kontaktlinie“, fuhr der Major fort.

„Nach Angaben unserer Aufklärung sind in der letzten Woche auf dem Bahnhof im Gebiet von Rubeshnoje **zwei Züge mit Technik** der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Darunter sind **68 Panzer und 27 Einheiten Panzertechnik**“, teilte der Vertreter der Volksmiliz mit.

„Nach unseren Informationen wurde die gesamte eingetroffene Technik nach Starobelsk und Nowoajdar gebracht. Später wurden 30 Panzer und 13 Einheiten Panzertechnik in den Staniza-Luganskaja-Bezirk verlegt“, fügte der Major hinzu.

De.sputniknews.com: Russische Botschaft in Damaskus unter Granaten-Beschuss.

Die russische Botschaft in Syrien ist am Montag mit Granaten beschossen worden. Verletzt wurde niemand, wie das Außenministerium am Dienstag mitteilte.

Zwei Granaten seien unweit der Botschaft explodiert, eine weitere sei unmittelbar auf dem Gelände vor dem Wohnkomplex eingeschlagen, teilte die Behörde mit.

Am Gebäude seien Schäden entstanden. Nach russischen Angaben wurden die Granaten aus dem Vorort Dschobar abgefeuert, der unter Kontrolle der Terrororganisationen al-Nusra-Front (jetzt Dschabhat Fatah asch-Scham) und Failak ar-Rahman steht.

Das Außenministerium verurteilte den Angriff und rief die Weltgemeinschaft dazu auf, koordiniert gegen die Terroristen vorzugehen. Zugleich beschuldigte die Behörde die USA und deren Verbündete, „mit Extremisten zu liebäugeln und so den blutigen Konflikt in Syrien zu schüren“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31280/68/312806817.jpg>

Ukrinform: In den letzten 24 Stunden wurde durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) kein ukrainischer Soldat getötet, gab heute auf dem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Andrij Lysenko, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Während des letzten Tages wurde die durch Kämpfe kein ukrainischer Soldat getötet, ein Soldat wurde allerdings durch feindlichen Beschuss in der Nähe von Sajzewo verletzt“, sagte Lysenko.

Ukrinform: Ab 4. Oktober werden 13.908 Männer im Alter von 20 bis 27 Jahren zum Grundwehrdienst eingezogen. Die Einberufungsphase im Herbst wird bis Ende November dauern, gab der Sprecher des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Wladislaw Selesnjow, bekannt.

Nach Angaben des Sprechers werden 7.908 Personen ihren Wehrdienst bei der Armee, 5000 bei der Nationalgarde und 1000 beim Sonderverkehrsdienst ableisten. Im Gebiet der Antiterroroperation werden die Grundwehrpflichtigen nicht eingesetzt.

Die Einberufung findet gemäß dem Dekret des Staatspräsidenten vom 29. März 2016 und der Regierungsanordnung von 22. September 2016 statt.

De.sputniknews.com: „Kampf gegen Terror-Ideologie“: Russland legt UN-Resolution vor. Russland hat dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur Bekämpfung der Ideologie des Terrors und des gewaltsamen Extremismus vorgelegt, wie der russische UN-Botschafter, Vitali Tschurkin, am Dienstag mitteilte. Das neue Dokument wurde Tschurkin zufolge bei einem Treffen des UN-Sicherheitsrates am Montag von der russischen Delegation vorgelegt.

„Neben präventiven und strafrechtlichen Maßnahmen auf nationaler Ebene sieht die Resolution auch koordinierte Schritte seitens der Vereinten Nationen vor, nämlich eine Nachbesserung des antiterroristischen Strafmechanismus des Sicherheitsrates“, sagte der Diplomat am Dienstag gegenüber Journalisten.

Das Dokument vereint laut Tschurkin die effektivsten Anti-Terror-Methoden des UN-Sicherheitsrates, unter anderem auch Maßnahmen zu einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die „terroristische Ideologie“, Datenaustausch, Hilfe bei der Ermittlung von Straftaten und Vernetzung von internationalen und regionalen Organisationen.

Das einzige Ziel Russlands in Syrien und dem Irak sei die Vernichtung von Terroristen, betonte der Diplomat weiter.

Am Montag war zuvor bekannt geworden, dass Washington den Dialog mit Russland zur Waffenruhe in Syrien einstellt. Nun soll sich die Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland auf einen militärischen Kommunikationskanal begrenzen, wodurch Zwischenfälle in der Luft über Syrien vermieden werden sollen.

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt angespannt. Das ukrainische Militärkommando denkt nicht einmal daran, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen. Eine Bestätigung dessen ist das Scheitern der gestrigen Trennung der Truppen in Petrowskije und die andauernden Beschüsse von Ortschaften der Republik.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen in den letzten 24 Stunden **126-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**, unter anderem auch unter Anwendung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

Den Terroristen und Alkoholiker, den Kommandeur der 58. Panzergrenadierbrigade Droboty, beunruhigt das alles nicht und der beschießt weiter mit Panzergeschützen und Artillerie die Ortschaften **Jasinowataja** und **Spartak**. Auf sie wurden drei Panzergeschosse und 22 Mörsergranaten der Kaliber 120 und 82mm abgeschossen.

Ich will daran erinnern, dass in der Nacht auf den 3. Oktober durch Artilleriefire dieser Brigade auf Jasinowataja neun Häuser und eine Gasleitung beschädigt wurden. Eines der 122mm-Geschosse traf direkt auf eine Wohnung im 3. Stadtteil, Haus 11, in dem die Familie Kowalewskij lebt: Walerij Albertowitsch und seine Frau Olga Michajlowna. Beide sind nur deshalb am Leben geblieben, weil sie sich in Zimmern befanden, die in Bezug auf den Flug des Geschosses auf der entgegengesetzten Seite lagen.

Seinerseits hat der nicht unbekannt ukrainische militärische Leiter, der Kommandeur der 128. Gebirgstruppenbrigade Schaptala, der Droboty beim Genozid an der friedlichen

Bevölkerung übertrumpfen will, 31 Mörsergranaten des Kalibers 82mm auf **Wesjoloje** und das Gebiet des **Flughafens von Donezk** abgeschossen.

Ihr gemeinsamer Komplize, der Kommandeur des 46. Spezialbataillons „Donbass-Ukraina“ **Wlasenko** hat seine Kameraden unterstützt und dreimal **Trudowskije** im Petrowskij-Bezirk von Donezk mit 82mm-Mörsern beschossen.

Ebenfalls wurden die Ortschaften **Sajzewo, Gorlowka, Jasinowataja, Wiktorowka** und **Sachanka** von den ukrainischen Truppen unter Anwendung von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Das ukrainische Militärkommando experimentiert weiterhin mit seinen Untergebenen, was wie immer in nicht kampfbedingten Verlusten der Abteilungen endet. So wurde festgestellt, dass während des Trainings im Rahmen der militärischen Ausbildung in einer Mörserabteilung des 3. Bataillons der 30. mechanisierten Brigade wegen Verletzung der Sicherheitserfordernisse ein 120mm-Mörsergeschoss detonierte. In Folge der Detonation starb ein Soldat der Brigade. Diese Tatsache wird vom Kommando vor der übergeordneten Führung verheimlicht.

Es wurde bekannt, dass Soldaten der 30. mechanisierten Brigade bei der Durchführung von Maßnahmen zur Entlassung des ersten Teils der sechsten Mobilisierungswelle in die Reserve der Sold für ein Jahr nicht ausgezahlt wird. Diese Tatsachen führten zum Anwachsen der Unzufriedenheit unter den Soldaten der 30. Brigade und zum Aufkommen von Konfliktsituationen in Bezug auf das Kommando.

Ein weiteres Mal erinnere ich daran, dass unsere Abteilungen weiterhin Übungen zur militärischen Ausbildung durchführen und ihre Einsatzbereitschaft aufrecht erhalten, um jede Aggression von Seiten der Ukraine abzuwehren.

De.sputniknews.com: Lawrow zu Syrien: Gewaltbefürworter sprengten Russland-USA-Abkommen.

Das russisch-amerikanische Syrien-Abkommen ist durch Bemühungen derjenigen gescheitert, die eine gewaltsame Lösung des Konfliktes aushecken, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der libanesischen politischen Bewegung „Al-Mustaqbal“, Saad al-Hariri sagte.

„Wegen innerer Differenzen sind die USA nicht in der Lage gewesen, ihren Verpflichtungen unserer gemeinsamen Vereinbarungen nachzukommen. Und zwar nicht nur hinsichtlich der Abgrenzung der ‚gemäßigten Opposition‘ von ‚Dschebhat an-Nusra‘, sondern auch bezüglich der völlig klaren, konkreten Verpflichtungen zur Freigabe der Castello-Straße als wichtigste Verkehrsader zur Lösung der humanitären Probleme von Aleppo“, so Lawrow.

De.sputniknews.com: Als „Unsinn im Quadrat“ hat die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa die Haltung der internationalen Untersuchungskommission zum MH17-Absturz bezeichnet, welche die Angaben von russischen Radarsystemen als „unwichtig“ abgetan hat. Sacharowa reagierte damit auf die Worte des niederländischen Premierministers Mark Rutte: Dieser hatte zuvor gesagt, Moskau müsse sich aktiver bei den Ermittlungen zum Abschuss der malaysischen Boeing engagieren und damit aufhören, „jeglichen Unsinn über die Qualität der Ermittlungen“ zu verbreiten.

„Unsinn ist es, Malaysia monatelang in die gemeinsame Ermittlungsgruppe nicht aufzunehmen und keine Experten an den Absturzort der Boeing unter dem Vorwand ihrer Sicherheit zu lassen“, schrieb Sacharowa auf ihrer Facebook-Seite.

Absurd finde sie unter anderem auch, die Flugzeug-Trümmer nicht aufzusammeln und sie „monatelang in Feldern verfaulen zu lassen“, so Sacharowa weiter. „Und natürlich ist es Unsinn, dem UN-Sicherheitsrat über den Ermittlungsstand nicht zu berichten und eine eigene Form von Berichterstattung zu erfinden. Die Angaben der objektiven Kontrolle (der russischen Radarsysteme – Anm. d. Red.) für unbedeutend zu halten, ist Unsinn im Quadrat.“

Am vergangenen Mittwoch hatte die niederländische Untersuchungskommission einen Bericht veröffentlicht, in dem behauptet wird, dass die Buk-Raketenanlage, mit der die

Boeing abgeschossen wurde, aus Russland in den Donbass transportiert und dann zurückgebracht worden sei. Das russische Außenministerium zeigte sich vom Inhalt des Berichtes enttäuscht und verwies auf die Voreingenommenheit der Ermittlung, weil diese sich auf Videos aus den sozialen Netzwerken und auf Aussagen von Augenzeugen stütze, die namentlich nicht genannt werden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31266/35/312663597.jpg>

Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR bereitet Materialien für die Aufnahme von Strafverfahren gegen ukrainische Kommandeure vor, die an den Beschüssen der DVR beteiligt sind. Dies teilte heute ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft mit. „Wir haben Materialien zu den Beschüssen. Die Sammlung einer Beweisbasis geht weiter. Ich denke, in der nächsten Zeit werden Strafverfahren gegen Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte, die den Beschuss der frontnahen Ortschaften der Republik leiten, aufgenommen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden in der Behörde bereits „dutzende von Strafverfahren aufgenommen, die mit Beschüssen in frontnahen Städten und Bezirken des Landes von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verbunden sind“. Unter anderem geht die Ermittlung des Vorfalls weiter, als ein Linienbus im Januar 2015 bei Wolnowacha auf eine Mine geriet, weiter sowie der Beschuss des Kulturpalastes im Kujbyschewskij-Bezirk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte.

De.sputniknews.com: Syrische Armee auf Vormarsch: Terroristen erleiden ernsthafte Verluste.

Die syrische Armee hat in den letzten Tagen aktive Kampfhandlungen, die sich auf die Vernichtung von Terroristen und deren Militärtechnik in mehreren Provinzen des Landes richten, fortgesetzt. Dies meldet die Agentur Sana unter Berufung auf eine Militärquelle. In der Stadt Deir ez-Zor im Nordosten Syriens, wo sich die Einheiten der syrischen Armee lange Zeit in der Einkreisung von Terroristen befanden, soll die syrische Luftwaffe mehrere Kämpfer der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) und deren Technik vernichtet haben. Sana gibt dabei aber keine konkreten Angaben zu der Zahl der vernichteten Terroristen.

In mehreren Ortschaften in der nord-westlichen Provinz Hama sollen die syrischen Luftstreitkräfte mehrere Kämpfer sowie Panzerwagen, Transportmittel und andere Technik zerbombt haben. In der Provinz Homs versetzten die syrischen Einheiten laut Sana Schläge gegen die Stellungen der Gruppierungen Ahrar al-Scham und Daesh. Nach Informationen der Agentur mussten Terroristen erhebliche Verluste erleiden.

Zuvor hatte das Kommando der syrischen Regierungsarmee den Beginn der militärischen Operation zur Befreiung des östlichen Aleppo bekannt gegeben. Das Kommando rief alle Einwohner auf, sich den Gebieten nicht anzunähern, wo sich viele Kämpfer aufhalten und

deren Stellungen eingerichtet seien. Syrische Militärs erklärten zudem, dass sie kein einziges ziviles Ziel in Aleppo bombardiert hätten. Assads Armee werde ausschließlich Terroristen und ihre Stellungen angreifen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31145/11/311451132.jpg>

Lug-info.com: Die Heizwerke der Republik werden mit Wasser zur normalen Durchführung der Heizperiode versorgt werden, obwohl Kiew die Wasserzufuhr vom Petrowskij-Wasserwerk und von der westlichen Filterstation vollständig eingestellt hat. Dies erklärte heute auf einer Besprechung mit den Leitern der Städte und Bezirke der Republik der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der LVR, der Zivilschutzminister Sergej Iwanuschkin.

„Um die Heizperiode zu durchlaufen, hat das Republikoberhaupt die Anweisung gegeben, Verträge für die Lieferung von Wasser abzuschließen. Jetzt ist Kiew an der Reihe. Wir sind bereit zu zahlen, haben die Mengen festgelegt, Briefe erstellt, deshalb warten wir jetzt auf Wasser aus den äußeren Leitungen“, teilte Iwanuschkin mit.

„Aber trotzdem, selbst im jetzigen Regime, im Notfallregime, in dem wir derzeit in Bezug auf die Wasserversorgung der Republik arbeiten, wird die Wasserversorgung der Heizwerke Priorität haben“, unterstrich er.

„Wenn das Wasser nicht reicht, wird welches herangebracht. Dafür gibt es Fahrzeuge und wir haben Pläne, deshalb werden wir diese Frage gemeinsam vor Ort bearbeiten“, sagte Iwanuschkin.

„Von 799 Heizwerken, die wir auf dem Territorium der LVR haben, sind nach dem Bericht des Bauministeriums 753 bereit“, sagte Iwanuschkin weiter. An den übrigen 46 wird gearbeitet. Der stellvertretende Bauminister Alexandr Schworob unterstrich, dass in Altschewsk, Stachanow und im Sljanoserskij-Bezirk die Heizwerke zu 100% bereit sind, in den übrigen Städten und Bezirken zwischen 93% und 98%.

Die schwierigste Situation ist in Perwomajsk, wo 17 Heizwerke bereit sind, das sind 85%. Die Bürgermeisterin von Perwomajsk Olga Ischtschenko erklärte, dass dies mit dem Fehlen von Material zusammenhängt, u. a. müssen drei Kessel ausgewechselt werden, ein Gasknotenpunkt und Wärmeleitungen bei einem der Heizwerke. Außerdem brauchen die Heizwerke Verglasungen und die Abdeckungen müssen ersetzt werden, die in Folge von Kämpfen beschädigt wurden.

Iwanuschkin erklärte, dass verfügbares Material vorrangig nach Perwomajsk gehen und eine Besprechung vor Ort bezüglich des Einsatzes von Brigaden aus anderen Territorien stattfinden wird.

De.sputniknews.com: Die Regierung Lettlands hat am Dienstag Änderungen zum Bildungsgesetz bestätigt, die die sofortige Entlassung eines Pädagogen oder des Direktors einer Lehranstalt vorsehen, sollten sie dem Land und der Verfassung gegenüber nicht loyal

sein. Dies teilte heute der Pressedienst des lettischen Ministerkabinetts mit.

„Ein Lettland gegenüber nicht loyaler Lehrer, dessen Ziel eine Untergrabung des Staates ist, wird in dem Augenblick, wo sich ein Inspektor in der Klasse befindet, alles in der geforderten Form vermitteln. Doch es gibt Instrumente, die es erlauben, zu verstehen, wie sich die ‚Fassade‘ und die reale Situation in der Schule voneinander unterscheiden. Hierzu werden die Änderungen gebraucht“, kommentierte der lettische Minister für Bildungswesen und Wissenschaft, Kārlis Šadurskis, die Veränderungen zum Bildungsgesetz.

Um welche Instrumente es hier geht, hat der Minister nicht konkretisiert. Auch in der Regierung wurde nichts dazu mitgeteilt, nach welchen Kriterien nicht loyale Pädagogen ermittelt werden sollen. Nun muss die Aufnahme der Änderungen in das Bildungsgesetz noch der lettische Sejm (Parlament) bestätigen.

Abends:

Dan-news.info: „Gegen 17:00 Uhr wurde ein Beschuss des Territoriums des Gewerbegebiets bei **Jasinowataja** festgestellt. Geschossen wurde mit Mörsern des Kalibers 82mm“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle schossen die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet des besetzten Awedjewka. Insgesamt wurden 22 Mörsergranaten abgeschossen.

Ukrinform: Schuschtschenkos Anwalt erhält Zugang zu seinem Mandanten.

Der Anwalt Mark Feigin hat am Dienstag Zugang zu dem in Russland inhaftierten Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Ukrinform Roman Schuschtschenko erhalten.

Feigin besuchte Schuschtschenko im Moskauer Untersuchungsgefängnis „Lefortowo“. Das teilte der Anwalt selbst auf Twitter mit. Nach Angaben von Feigin bestreitet der Journalist Vorwürfe gegen ihn.

Der Korrespondent der ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform in Frankreich, Roman Schuschtschenko, ist am 30. September in Moskau festgenommen worden. Der russische Geheimdienst FSB wirft ihm Spionage vor.

De.sputniknews.com: Kreml kommentiert Berichte über Russlands neueste S-300-Systeme in Syrien.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat empfohlen, beim Verteidigungsministerium nachzufragen, ob Russland das Luftabwehrraketensystem vom Typ S-300 in Syrien stationiert hat. Es sei inkorrekt, sich in solchen Fällen auf unzuverlässige Quellen zu berufen.

Der Sender Fox News hatte am Montag unter Berufung auf drei anonyme Quellen in den USA berichtet, das Land wäre der Meinung, dass Russland die neuesten Luftabwehrraketensysteme vom Typ S-300WM (NATO-Codename SA-23 Gladiator/Giant) in Syrien stationiert hätte. Ein derartiges System sei in der Lage, die amerikanischen Flugzeuge und Flügelraketen abzufangen, so der Sender damals. Nach Angaben der US-Quellen, die Fox News zitierte, sind die S-300-Elemente angeblich „in Docks“ auf dem russischen Stützpunkt in Tartus stationiert, die Komponenten des Systems seien noch nicht aufgebaut worden.

„Diese Frage muss man an das Verteidigungsministerium richten. Es ist aus meiner Sicht unmöglich und inkorrekt, sich bei solchen Fällen auf ephemere Quellen zu berufen“, antwortete Peskow auf die Frage eines Journalisten, ob Russland das Luftabwehrraketensystem in Syrien tatsächlich stationiert habe.

„Sie wissen, dass dort ganz unterschiedliche Luftabwehrraketensysteme, die notwendig sind, stationiert wurden. Darüber wurde berichtet. Was die neuen Berichte anbelangt, muss man das im Verteidigungsministerium klären“, so Peskow weiter.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/30194/48/301944888.jpg>

De.sputniknews.com: Russlands Verteidigungsministerium bestätigt: S-300-Komplex in Syrien eingetroffen.

Eine Batterie des Flugabwehrraketensystems vom Typ S-300 ist laut dem russischen Verteidigungsministerium nach Syrien gebracht worden.

„Dieser Komplex ist für die Gewährleistung der Sicherheit des Marinestützpunktes in Tartus und der im Küstengebiet stationierten Schiffe der Operationseinheit der russischen Seestreitkräfte aus der Luft bestimmt“, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow. Dem Sprecher zufolge handelt es sich bei S-300 „ausschließlich um Verteidigungssysteme, die keine Gefahr darstellen“. „Zuvor war in der Region, wie sie wissen, ein ähnliches System stationiert. Das war ein Komplex 'Fort' (S-300F, NATO-Codename SA-N-6 Grumble), mit dem der Garde-Raketenkreuzer ‚Moskwa‘ der Schwarzmeerflotte ausgestattet ist.“, sagte er.

Rusvesna.su: Das russische Verteidigungsministerium hat über mehrere zuverlässige Quellen Informationen über eine bevorstehende Provokation des ukrainischen Geheimdienstes gegen die russischen Offiziere des gemeinsamen Zentrums für Koordination und Kontrolle des Waffenstillstands im Donbass erhalten. Dies wurde vom Pressedienst des Verteidigungsministeriums mitgeteilt.

"Eine Aktion des SBU zur Verhaftung von russischen Soldaten die angeblicher Spionage beschuldigt werden, soll in den kommenden Tagen während der Rotation des russischen Kontingents im Gemeinsamen Zentrum umgesetzt werden", gab die Behörde bekannt.

„Wir weisen darauf hin, dass sich die russischen Offiziere, im gegenseitigen Einvernehmen der russischen und ukrainischen Führung, in der Ukraine aufhalten, um die Mitglieder der gemeinsamen OSZE-Beobachtermission zu unterstützen, die Einstellung der Feindseligkeiten zu überwachen“, hieß es aus dem Verteidigungsministerium.

Um eine Störung der weiteren Arbeit des Gemeinsamen Zentrums zu vermeiden, hat das Verteidigungsministerium die ukrainischen Behörden aufgefordert, diese Informationen in voller Verantwortung zu behandeln und Provokationen gegen russische Soldaten durch die ukrainischen Sicherheitsdienste zu verhindern.